

Seite 1:

Kraftwerk Isel: Kärnten legt sich quer

Innsbruck, Lienz – Unabhängig von der Natura-2000-Diskussion und der negativen Beurteilung nach dem Kriterienkatalog meldet jetzt auch das Land Kärnten massive Bedenken gegen das geplante Kraftwerk an der Oberen Isel an. Weil die Isel ein wesentlicher Zubringer ist, werden Beeinträchtigungen in der Drau befürchtet. Kärnten hat sich deshalb jetzt in das laufende Umweltverträglichkeitsverfahren hineinreklamiert. (pn)

Seite 6:

Millionen wackeln an der Isel

Kärnten reklamiert sich in Umweltverfahren hinein. Chef der Kraftwerksgesellschaft und der Mehrheitseigentümerin Infra weist Kritik an Aufträgen an eigene Firma von 12,9 Mio. zurück.

Von Peter Nindler

Lienz, Innsbruck – Die Vorzeichen für das 147-Millionen-Euro-Kraftwerksprojekt Obere Isel stehen nicht gut. Bei der rechtlich unverbindlichen Prüfung nach den Richtlinien des Kriterienkatalogs „Wasserkraft“ fiel das Vorhaben zu Jahresbeginn 2014 durch: „Nicht zur Weiterverfolgung empfohlen“, heißt es. Im September dürfte die Isel außerdem als Natura-2000-Gebiet ausgewiesen werden und jetzt hat auch das Land Kärnten in einem Schreiben an die Tiroler Landesregierung Parteienstellung in der seit Ende 2012 anhängigen Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt. Das Nachbarland befürchtet massive Auswirkungen auf das ökologische Gleichgewicht der Oberen Drau im Abschnitt zwischen Oberdrauburg und Spittal/Paternion, weil die Isel ein wesentlicher Zubringerfluss ist. In den vergangenen Jahren wurden dort rund zwölf Mio. Euro in Revitalisierungsmaßnahmen zur Verbesserung des Gewässerzustands investiert.

Ist angesichts dieser negativen Vorzeichen das finanzielle Risiko für die seit dem Vorjahr mit jeweils 25 Prozent an der Wasserkraft Obere Isel GmbH (WKOI) beteiligten Gemeinden Virgen und Prägraten nicht zu groß? Schließlich wird mit Projektkosten von bis zu 7,2 Mio. Euro bis zum Abschluss der Behördenverfahren gerechnet. „Nein“, sagt dazu der Geschäftsführer des 50-Prozent-Gesellschafters Infra und der WKOI Wolfgang Widmann. „Sollte es nicht zum Bau kommen, beschränken sich die Kosten für die Gemeinden auf die geleistete Stammeinlage von insgesamt 100.000 Euro.“

Das größte finanzielle Risiko trägt laut Widmann die Infra. Er gehe jedoch davon aus, dass die Vorlaufkosten sich bei maximal vier bis fünf Mio. Euro einpendeln würden. Und Widmann glaubt auch an die Errichtung des Kraftwerks. Bei der Realisierung würden die Aufwendungen, wie vertraglich vereinbart, anteilmäßig auf die Gesellschafter aufgeteilt werden. „Durch den Betrieb und die Hereinnahme eines Betreibers bzw. Energieunternehmens verdienen die Gemeinden ja dann etwas mit dem Kraftwerk.“ Der geplante Baubeginn 2015 und die Inbetriebnahme 2017 dürften sich aber nicht mehr ausgehen.



Die Kraftwerkshefs und Gesellschafter: Bürgermeister Anton Steiner von Prägraten, Wolfgang Widmann von der Planungsfirma und Hauptgesellschafterin Infra und Virgens Gemeindechef Dietmar Ruggenthaler (v.l.) Foto: Oblasser

Die Klubchefin der Liste Fritz, Andrea Haselwanter-Schneider, hat dennoch ihre Zweifel: „Es erscheint einfach unglaublich, dass – gerade bei Nicht-Genehmigung des 147-Millionen-Euro-Projektes – allein die Infra auf den gesamten Kosten sitzen bleiben wird und die Gemeinden ohne jeden zusätzlichen Euro davonkommen werden.“ Man verlange volle Aufklärung von der Gemeindeaufsicht des Landes Tirol und vom zuständigen LR Johannes Tratter. „Dazu bringen wir eine detaillierte Anfrage in den Landtag ein. Tratter muss garantieren, dass den Gemeindebürgern von Prägraten und Virgen keine zusätzlichen Kosten entstehen.“

Für Diskussionsstoff sorgt allerdings auch ein Projektauftrag, den die WKOI vor Einstieg der beiden Gemeinden Ende 2012 ihrer damaligen Alleingesellschafterin und Planungsfirma Infra in Höhe von 12,9 Mio. Euro erteilt hat. Darin sind Leistungen bis zur Fertigstellung des Kraftwerks enthalten. In einer der TT vorliegenden Bewertung der Verträge zwischen den Gemeinden und der Infra durch eine Wiener Rechtsanwaltskanzlei wird das als „In-sich-Geschäft“ bezeichnet. Wegen der Beteiligung der Gemeinden und der Überschreitung des Schwellenwerts von 200.000 Euro hätte laut Expertise eine Ausschreibung der Dienstleistungen an die Infra erfolgen müssen.

Dem widerspricht jedoch Geschäftsführer Wolfgang Widmann entschieden. „Alles wurde rechtlich genau geprüft. Auch mit der Beteiligung der Kommunen wäre eine Ausschreibung nicht notwendig gewesen.“ Natürlich wolle sein Unternehmen etwas beim Kraftwerksbau verdienen, fügt Widmann hinzu. „Die Infra beschäftigt schließlich 250 Mitarbeiter in Tirol.“ Vom Auftragsvolumen dürfe man sich aber nicht täuschen lassen, schließlich vergebe die Infra auch Aufträge.

„LR Tratter muss garantieren, dass den Gemeinden keine zusätzlichen Kosten entstehen.“

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste-Fritz-Klubchefin)